

Bericht des BStU zu den Gesprächen „Stasi-Unterlagen / Länder“

Vorbemerkung

Das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung sieht die Veränderung der Struktur der Außenstellen des BStU vor, „um eine effizientere Arbeit trotz zurückgehenden Personalbestands gewährleisten zu können“.

In einem sich weiter verändernden gesellschaftlichen Umfeld, mit anderen Anforderungen an die Aufarbeitung der SED-Diktatur aus dem zeitlichen Abstand heraus und einer inzwischen deutlich aktiveren Gedenkstätten-Landschaft in den Bundesländern schien es sinnvoll, die Positionen der Bundesländer, in denen es Außenstellen gibt, zu sondieren.

In diesem Sinne versteht der BStU die geführten Gespräche auch als einen Beitrag zur politischen Diskussion darüber, wie und in welcher Form die aus dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) resultierenden Aufgaben des BStU fortgeführt werden.

Am 15. Oktober 2013 fand daher auf Initiative des BStU, der Bundeszentrale für Politische Bildung, der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der Workshop „Wie weiter mit der Aufarbeitung?“ statt. Gemeinsam wurde mit Vertretern der fachlich zuständigen Landesministerien, den Leitungen der Landeszentralen für Politische Bildung, den Leitern der Gedenkstättenstiftungen der Länder, den Vertretern der Landesarchive und des Referates K 46 der BKM unter den Themenstellungen Politische Bildung, Gedenkstättenarbeit, Verwaltung der Akten und Beratung und Betreuung von Betroffenen über die Perspektiven der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur diskutiert.

Die daran anschließenden Gespräche des BStU in den Ländern wurden am 7. März 2014 abgeschlossen. Sie dienten der Vertiefung und Konkretisierung der beim Workshop diskutierten Themenfelder sowie der Evaluierung von Kooperation und Arbeitsteilung. Ziel der Gespräche war es, Grundlagen für die Weiterentwicklung effizienter Arbeitsstrukturen durch effektiveren Einsatz der Ressourcen von Bund und Ländern zu ermitteln.

Unabhängig von Fragen der regionalen Strukturen wurde bei allen Gesprächen übereinstimmend festgestellt, dass für die historische und politische Aufarbeitung der SED-Diktatur die Fixierung auf das Thema Staatssicherheit nachteilig ist.

Im Sinne einer bestmöglichen Aufarbeitung der SED-Diktatur ist deshalb auch für den BStU eine grundsätzliche Offenheit in Fragen der zukünftigen institutionellen Trägerschaft für die zur Zeit vom BStU erfüllten Aufgaben wichtige Voraussetzung für jede Strukturdebatte. Zu prüfen ist, durch welche Institutionen welche Aufgaben der Aufarbeitung bestmöglich erfüllt werden können. Wichtig ist, dass das beim BStU erworbene Wissen und die Kompetenz im Umgang mit den MfS-Unterlagen nicht verloren geht.

Von den Vertretern der Landesregierungen wurde die Einbeziehung der Interessen der Länder bei grundlegenden Entscheidungen des Bundes über die Zukunft der Aufarbeitung gewünscht. Dabei wurde die Frage der Archivstandorte der MfS-Unterlagen als besonders relevant herausgestellt, da dies für die Länder konkrete Auswirkungen für die regionale Aufarbeitung durch Gedenkstätten, Bildung und Forschung habe.

Länderübergreifend wurde in den Gesprächen deutlich unterstrichen, Veränderungen dürfen kein Schlusstrich sein. Gemeinsames Ziel ist eine verbesserte, effizientere und zeitgemäße Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Eckpunkte aus den Gesprächen zur Regionalstruktur:

- Verwaltung der MfS-Unterlagen als Gesamtbestand durch den Bund
- Stasi-Unterlagen-Gesetz als Grundlage des Zugangs zu den Unterlagen
- Verbleib der regionalen MfS-Unterlagen in den ostdeutschen Bundesländern
- Beachtung von Kriterien für Archivstandorte des Bundes in den Ländern
- Reduzierung auf eine Außenstelle je Bundesland
- Einbindung der Archiv-Standorte in die jeweilige Gedenkstättenlandschaft

Ausführungen zu den Eckpunkten zur Regionalstruktur

Verwaltung der MfS-Unterlagen als Gesamtbestand durch den Bund

Die vom BStU befragten Vertreter der Landesregierungen zeigten übereinstimmend kein Interesse an einer Überführung der MfS-Unterlagen in die Trägerschaft der Länder. Vielmehr stehen die Landesregierungen zur gemeinsamen Entscheidung aus dem Jahr 1991 von Bundestag und Bundesrat für den Erhalt eines einheitlichen Bestandes der MfS-Unterlagen in der Verwaltung des Bundes. Der von einem zentralistisch organisierten MfS aufgebaute Aktenbestand mit daraus resultierenden komplexen Verflechtungen von Vorgängen auf regionaler und zentraler Ebene macht auch weiterhin die Nutzerbetreuung und Recherche aus einer Hand sinnvoll und effizient.

Zudem sehen die Bundesländer weder räumlich, finanziell und personell Voraussetzungen für die Übernahme der MfS-Unterlagen durch die Archive der Länder. Ebenso lehnen die Landesregierungen in den Gesprächen Bund-Länder-Konstruktionen als nicht praktikabel ab. Gewünscht ist von den Ländern, die einheitliche Verwaltung der Unterlagen des MfS durch den Bund fortzusetzen.

Stasi-Unterlagen-Gesetz als Grundlage des Zugangs zu den Unterlagen

Der Zugang zu den MfS-Unterlagen soll weiterhin nach einem einheitlichen Maßstab, wie ihn aktuell das Stasi-Unterlagen-Gesetz bietet, gewährleistet und weiterentwickelt werden. Damit wird auch eine aufwändige Harmonisierung der Archivgesetzgebungen der Länder vermieden.

Es wurde herausgehoben, dass auch zukünftig die Akteneinsicht für die Bürgerinnen und Bürger und für die Zwecke von Forschung und Medien unter den Rahmenbedingungen des Stasi-Unterlagen-Gesetz erfolgen sollte. Es hat sich bewährt, dass mit Hilfe des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichzeitig Transparenz über begangenes Unrecht in der DDR hergestellt und Persönlichkeitsrechte geschützt werden.

Verbleib der regionalen MfS-Unterlagen in den ostdeutschen Bundesländern

Die Landesregierungen legen Wert darauf, dass die durch den Bund verwalteten MfS-Unterlagen in Außenstellen in den Ländern verbleiben. Sie verstehen die Stasi-Akten, die in den Bezirken der ehemaligen DDR entstanden sind, als wichtigen Teil des kulturellen Erbes des jeweiligen Bundeslandes. Die Sicherung der Akten wird von den Ländern als herausragende Errungenschaft der Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands in der Friedlichen Revolution betrachtet.

In den Gesprächen wurde auch eine mögliche Zusammenführung der regionalen MfS-Unterlagen in Berlin erörtert. Ein Archiv für alle MfS-Unterlagen am authentischen Ort der früheren Zentrale des MfS in Berlin-Lichtenberg stellt durch seinen Umfang ein besonders beeindruckendes Monument der Überwachung und der Repression durch die Geheimpolizei in der SED-Diktatur dar. Bei einer Zusammenführung der Aktenbestände in Berlin könnten weitere Vorteile entstehen. Diese wären zum Beispiel eine effizientere Organisation bei geringerem Personaleinsatz und Vorteile im Bereich der Bestandserhaltung, da die bisherigen Transporte der Akten vermieden werden.

Eine Zentralisierung der Stasi-Unterlagen in Berlin oder einem anderen Ort in einem west- oder ostdeutschen Bundesland wird trotz der genannten funktionalen Vorteile von den Landesregierungen übereinstimmend abgelehnt. Es wurde zudem verwiesen auf einen einstimmigen Beschluss der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz von 2012, der diese Haltung als gemeinsame Position festlegt.

Beachtung von Kriterien für Archivstandorte des Bundes in den Ländern

Bei Beibehaltung einer weiteren Präsenz der MfS-Unterlagen in Trägerschaft des Bundes in den ostdeutschen Bundesländern hat der BStU eine Diskussion um Kriterien angeregt. Dazu gehören:

- Einbindung in die regionale Struktur der Aufarbeitung des SED-Unrechts
- effiziente Arbeitsstrukturen in Archiv und Verwaltung
- archivgerechte Lagerung der Akten
- Nutzung authentischer Orte in der Vermittlung
- hoher technischer Standard in der Recherche und Nutzung der Akten
- regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger
- Einbindung in die regionale Bildungs- und Forschungslandschaft
- Einbindung in die regionale Archivlandschaft

Eine Gewichtung dieser Kriterien steht noch aus. Sie ist auch abhängig von der konkreten Situation in den Bundesländern.

Unter Betrachtung der momentanen Struktur und Beschaffenheit der 12 Außenstellen ergeben sich unter Berücksichtigung der im Gedenkstättenkonzept genannten Rahmenbedingungen für die einzelnen Bundesländer jeweils unterschiedliche Voraussetzungen.

Reduzierung auf eine Außenstelle je Bundesland

Sollten die MfS-Unterlagen in den Ländern verbleiben, ist in Anbetracht der fortschreitenden Reduzierung des Personals in den Außenstellen sowie der Analyse der Nutzung der Außenstellen eine Zusammenlegung der Archivstandorte angebracht. Die Vertreter der Landesregierungen fanden die Reduzierung auf eine Außenstelle akzeptabel. Die Länder erkannten an, dass langfristig gesehen mit einem Standort je Bundesland eine archivgerechte Lagerung und effiziente Arbeitsstrukturen besser gewährleistet werden können. Durch eine analoge Struktur zu den Institutionen der Länder wird die Koordination, Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Akteuren weiter verbessert.

Einbindung der Archiv-Standorte in die jeweilige Gedenkstättenlandschaft

Die Länder legen Wert auf eine Einbindung der vom Bund getragenen Außenstellen für die MfS-Unterlagen in ihre regionale Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft, die sie in den letzten Jahren weiterentwickelt haben. Die Archive sollen zudem einen Beitrag zur Unterstützung von Wissenschaft und Bildung leisten.

Die Möglichkeit der räumlichen Anbindung der Archive für die MfS-Unterlagen an die Standorte der Landesarchive wurde von den Ländern erörtert, jedoch mit Blick auf die besondere Bedeutung der Akten als authentische Gegenstände in der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Wirken der Staatssicherheit in der SED-Diktatur meist als weniger geeignet erachtet. Zudem sind die baulichen Voraussetzungen an den Standorten der Landesarchive oft nicht gegeben. Eine analoge Struktur zu den SED-Akten wäre, aufgrund der mehrheitlich dezentralen Standortstruktur der Landesarchive, schwer zu erzielen. Es setzt tiefgreifende Veränderungen der jeweiligen Archivstruktur der Länder voraus, die vorgenommen werden müssten.

Die Einrichtung von Außenstellen, angebunden an die von Bund und Ländern geförderten Gedenkstätten, die gleichermaßen authentische Orte der Repression und der Friedlichen Revolution sind, besitzt bei den Ländern hohe Akzeptanz. Durch die Verbindung von Haft und Akten lässt sich der Unterschied zwischen Nachrichtendienst und Geheimpolizei und das Zusammenwirken der Instrumente des Repressionsapparates der SED-Diktatur auch für künftige Generationen nachvollziehbar darstellen. Das im Koalitionsvertrag und Gedenkstättenkonzept gleichermaßen enthaltene Themenfeld „Opposition und Widerstand“ erfährt ebenso eine geeignete Darstellung unter Berücksichtigung wichtiger regionaler Bezüge. Durch die räumliche Präsenz der Archive werden die Gedenkstätten gestärkt, Synergie-Effekte erzielt und ein konsistentes Bild der Instrumente des Repressionsapparates der SED-Diktatur vermittelt.

Aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen und Anforderungen müssen für jedes Bundesland Konzepte erarbeitet werden, die den jeweiligen regionalen Bedingungen Rechnung tragen. Für konkrete Liegenschaften besteht kurzfristig Handlungsbedarf, um für eine zukünftige Nutzung durch den Bund als Archivstandort die Perspektive zu sichern.

Perspektivische Überlegungen für die einzelnen Bundesländer

Mecklenburg-Vorpommern – derzeit 3 Außenstellen des BStU

Gespräche zur regionalen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern haben stattgefunden unter Beteiligung von Kultusminister Mathias Brodkorb (SPD, zuständig für das Landesarchiv, die Landeszentrale für Politische Bildung und die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), der Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU), der Landesbeauftragten Anne Drescher und des Direktors der Landeszentrale für politische Bildung Jochen Schmidt.

Die jetzigen Außenstellen des BStU befinden sich in Görslow bei Schwerin, in Dummersdorf bei Rostock und in Neubrandenburg.

Die von den Vertretern der Landesregierung präferierte Lösung ist die Einrichtung einer Landesaußenstelle in Rostock, angebunden an die bestehende Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS, welche gemeinschaftlich von Land (Uni Rostock) und Bund (BStU) betrieben wird. Die Region Rostock ist die bevölkerungsreichste Gegend Mecklenburg-Vorpommerns und verfügt im Gegensatz zur Landeshauptstadt Schwerin über eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur, die ein Wirken in den weiteren Regionen des Landes ermöglicht. Zudem ist Rostock ein Anziehungspunkt internationaler Besucher, insbesondere aus dem skandinavischen Raum.

Auf Initiative des Kultusministers befindet sich in der Uni Rostock ein Institut für Diktaturforschung in Gründung, welches eng vor Ort mit der Dokumentations- und Gedenkstätte und dem Stasi-Unterlagen-Archiv zusammenarbeiten und neben der Forschungs- und Lehrtätigkeit sich im Bereich der Lehrerbildung engagieren soll.

Als geeignete Liegenschaft steht am Ort der Dokumentations- und Gedenkstätte die ehemalige Bezirksverwaltung des MfS zur Verfügung, welche nach Auskunft des Landes die Universität Rostock ab 2019 freiziehen wird. Die ehemalige Bezirksverwaltung ist der authentische Ort des Wirkens des MfS und authentischer Ort der Aktensicherung im Zuge der Friedlichen Revolution durch die Besetzung der Bezirksverwaltung am 4. Dezember 1989.

Thüringen – derzeit 3 Außenstellen des BStU

Gespräche zur regionalen Entwicklung in Thüringen haben stattgefunden unter Beteiligung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur Christoph Matschie (zuständig für das Staatsarchiv und die Gedenkstätten), des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Christian Dietrich, der Staatssekretärin Hildigund Neubert (CDU, Staatskanzlei, zuständig für die Landeszentrale für politische Bildung) und des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag Mike Moring (aufgrund der Zuständigkeit des Landtages für den Landesbeauftragten) und des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung Franz-Josef Schlichting.

Die jetzigen Außenstellen des BStU befinden sich in Erfurt, Gera und am Stadtrand von Suhl.

Kultusminister Matschie sieht keinen Spielraum für eine finanzielle Beteiligung des Landes zum Erhalt weiterer Außenstellen wie es von Teilen der Akteure der Thüringer Aufarbeitungslandschaft gefordert wird. Die mehrheitlich von den Vertretern des Landes präferierte Lösung ist die Einrichtung einer Landesaußenstelle auf dem Erfurter Petersberg, dem jetzigen Standort der Außenstelle des BStU.

Der Standort Petersberg bietet durch seine räumliche Nähe zur „Bildungs- und Gedenkstätte Andreasstraße“ die Möglichkeit das Stasi-Unterlagen-Archiv eng in die öffentliche Vermittlung des Repressionscharakters der SED-Diktatur einzubinden. Die „Bildungs- und Gedenkstätte Andreasstraße“ ist mit ihrer von Land und Bund geförderten neuen Dauerausstellung Vorreiter in der Vermittlung von Repression und Überwindung der Diktatur am authentischen Ort.

Auf dem Erfurter Petersberg stehen in direkter Nähe zur jetzigen Außenstelle ein leerstehendes Gebäude und freie Flächen zur Verfügung, die sich im Besitz des Landes befinden und für die Errichtung eines Archivzweckbaus geeignet sind. Ein Sondierungsgespräch mit Oberbürgermeister Andreas Bausewein zu den Interessen der Stadt Erfurt zur Entwicklung des Areals Petersberg hat stattgefunden. Die Stadt Erfurt wird 2021 die Bundesgartenschau ausrichten. In Zusammenhang mit der Bundesgartenschau ist eine bessere touristische und verkehrstechnische Erschließung des Petersberg vorgesehen, in die sich das Archiv für die Stasi-Unterlagen einfügen könnte.

Alternativ zum Standort Erfurter Petersberg wird vom jetzigen Landesbeauftragten Dietrich und seiner Amtsvorgängerin Neubert die Einrichtung einer Landesaußenstelle in der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung in Suhl befürwortet. Eine Analyse der Liegenschaft hat ergeben, dass durch eine in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche Tankstelle eine Nutzung als Archiv, aufgrund eines Verstoßes gegen die Richtlinie für Archivbauten (DIN ISO 11799), als problematisch anzusehen ist.

Die Anbindung des Archivstandorts für die MfS-Unterlagen an die staatliche Archivlandschaft Thüringens wird vom Land nicht präferiert, da durch die dezentrale Struktur des Thüringer Staatsarchivs, welches über sieben Standorte verfügt, keine wünschenswerte Analogie zur Nutzung der SED-Akten erzielt werden kann.

Sachsen – derzeit 3 Außenstellen des BStU

Gespräche zur regionalen Entwicklung in Sachsen haben stattgefunden unter Beteiligung der Staatsministerin für Kultus Brunhild Kurth (CDU, zuständig für die Landeszentrale für Politische Bildung), der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Sabine von Schorlemer (parteilos, zuständig für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten), des Innenministeriums, vertreten durch den für das Staatsarchiv zuständigen Staatssekretär Dr. Michael Wilhelm, der Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs Dr. Andrea Wettmann, des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Lutz Rathenow, des Direktors der Landeszentrale für Politische Bildung Frank Richter und des Direktors der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Siegfried Reiprich.

Die jetzigen Außenstellen des BStU befinden sich in Dresden, Chemnitz und Leipzig. Die Magazinräumlichkeiten in der Außenstelle Chemnitz sind mittelfristig für die Lagerung der Unterlagen ungeeignet.

Der Erhalt von drei Außenstellen, ausgedrückt als Forderung des Landes in einem Landtagsbeschluss vom 14. Mai 2012 (Drs. 5/9119), wurde in den Gesprächen als keine realistische Perspektive gegenüber dem Bund betrachtet.

Die befragten Ressorts (Kultus, Innen, Wissenschaft und Kunst) haben aktuell abweichende Auffassungen über den Standort eines Archivs für die MfS-Unterlagen Sachsens. Eine zeitnahe Klärung ist unter Federführung der Staatskanzlei vorgesehen.

Das Staatsministerium für Inneres setzt sich ein für eine Lagerung der Stasi-Unterlagen am Standort des Sächsischen Staatsarchivs auf Schloss Hubertusburg in Wermisdorf, zwischen Dresden und Leipzig. Dort befindet sich das Film-, Video- und Tonarchiv, sowie die Zentralwerkstatt des Sächsischen Staatsarchivs. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und das Staatsministerium für Kultus setzen sich ein für einen Standort angebunden an die bestehenden Gedenkstätten in Leipzig (Runde Ecke) oder Dresden (Bautzner Straße).

Der Standort „Bautzner Straße“ bietet als authentischer Ort der Aktenlagerung und -nutzung als frühere Bezirksverwaltung des MfS und Haftort die Möglichkeit, das Stasi-Unterlagen-Archiv eng in die öffentliche Vermittlung des Repressionscharakters der SED-Diktatur einzubinden. Gleichzeitig ist die „Bautzner Straße“ mit der Besetzung der Bezirksverwaltung am 5. Dezember 1989 authentischer Ort der Aktensicherung im Zuge der Friedlichen Revolution. Durch die Nähe zum Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden besteht in besonderer Weise die Möglichkeit, Synergien für die wissenschaftliche Nutzung der Stasi-Unterlagen zu erzeugen.

An der Gedenkstätte „Bautzner Straße“ sind geeignete Liegenschaften vorhanden. Bisherige Verhandlungen mit dem Eigentümer scheiterten an der Forderung nach einem Mietvertrag mit 30 Jahren Laufzeit. Zur Sicherung der Liegenschaft für eine Nutzung durch den Bund besteht konkreter Handlungsdruck.

Die „Runde Ecke“ ist mit der früheren Bezirksverwaltung des MfS authentischer Ort des Wirkens der Staatssicherheit und mit der Besetzung am 4. Dezember 1989 authentischer Ort der Friedlichen Revolution. Die zweite Haushälfte der Liegenschaft in der die BStU-Außenstelle Leipzig untergebracht ist, wird in den kommenden Jahren freigezogen und bietet ausreichend Büroflächen. Für die Unterbringung der Magazine und Karteien ist eine Herrichtung notwendig.

Zum Standort Chemnitz waren zeitweise zwei Überlegungen im Gespräch, die gleichermaßen von den Vertretern der Landesregierung nicht präferiert werden. Zum einen wäre dies ein Archivstandort der MfS-Unterlagen in Sachsen im Zusammenhang mit dem entstehenden Gedenkort in der ehemaligen Haftanstalt des MfS auf dem Kaßberg. Zum anderen bestände die Möglichkeit der Unterbringung in einem zu errichtenden Neubau, angrenzend an die Außenstelle des Sächsischen Staatsarchivs.

Die vom Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, vom Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und vom Leiter der Gedenkstättenstiftung favorisierte Lösung ist die Einrichtung einer Landesaußenstelle angebunden an die Gedenkstätte „Bautzner Straße“ in Dresden.

Sachsen-Anhalt – derzeit 2 Außenstellen des BStU

Gespräche zur regionalen Entwicklung in Sachsen-Anhalt haben stattgefunden unter Beteiligung von Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD, zuständig für die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und die Landeszentrale für politische Bildung), Innenminister Holger Stahlknecht (CDU, zuständig für das Landesarchiv), Justizministerin Angela Kolb (SPD, zuständig für die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), der Landesbeauftragten Birgit Neumann-Becker, des Direktors der Landeszentrale für Politische Bildung Maik Reichel und der Leiterin des Landeshauptarchivs Prof. Dr. Ulrike Höroldt.

Die jetzigen Außenstellen des BStU befinden sich in Halle und Magdeburg. Die Außenstelle Halle war in 2013 vom Hochwasser betroffen. Die Außenstelle Magdeburg befindet sich in großer räumlicher Distanz zum Landeshauptarchiv und zur Gedenkstätte Moritzplatz.

Eine räumliche Anbindung eines Archivstandortes für die Stasi-Unterlagen an das Landeshauptarchiv in Magdeburg wurde von Seiten des Landes erörtert. Für die Unterbringung der MfS-Akten wäre der Anbau eines Moduls möglich. Im Rahmen von geplanten Baumaßnahmen des Landesarchivs ist jedoch noch nicht geklärt, in welchem Umfang Flächen zur Verfügung stehen könnten. Für eine Anbindung an die Gedenkstätte „Moritzplatz“ sind aus Sicht des Landes die räumlichen Voraussetzungen nicht gegeben.

Die Vertreter der Landesregierung tendieren, mit Blick auf die Bedeutung der Akten als authentische Gegenstände in der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Wirken der Staatssicherheit in der SED-Diktatur, für die Einrichtung einer Landesaußenstelle in Halle, angebunden an die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt und Bezirksverwaltung des MfS.

Der Standort „Roter Ochse“ bietet als authentischer Ort der Aktenlagerung und -nutzung durch das MfS die Möglichkeit, das Stasi-Unterlagen-Archiv eng in die öffentliche Vermittlung des Repressionscharakters der SED-Diktatur einzubinden. Durch die räumliche Nähe zur Martin-Luther-Universität mit der Professur für Zeitgeschichte und einem Schwerpunkt im Bereich der Geschichtsdidaktik kann das Stasi-Unterlagen-Archiv mit seinen Angeboten sowohl durch die Forschung als auch im Bereich der Lehrerbildung genutzt werden. Weitere Synergien zur stärkeren Verankerung des Themas „SED-Unrecht“ in der Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts entstehen durch die Nähe zum in Halle ansässigen Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung.

Als geeignete Liegenschaft steht das Gebäude der jetzigen Justizvollzugsanstalt Halle zur Verfügung. Die JVA ist untergebracht in der früheren Bezirksverwaltung des MfS und grenzt direkt an die Gedenkstätte „Roter Ochse“ an. Im Rahmen der laufenden Reform der Justizvollzugslandschaft soll das Gebäude zum Jahr 2019/2020 freigezogen werden.

Brandenburg – derzeit 1 Außenstelle des BStU

Gespräche zur regionalen Entwicklung in Brandenburg haben stattgefunden unter Beteiligung von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden die Unterlagen der früheren Bezirksverwaltung Potsdam des MfS im Archiv der Zentralstelle des BStU in Berlin und die Unterlagen aus den Bezirksverwaltungen Cottbus und Frankfurt (Oder) in der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) verwaltet. Der BStU betreibt eine Gedenk- und Dokumentationsstelle in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Frankfurt (Oder).

Die Landesregierung Brandenburgs setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs der Außenstelle Frankfurt (Oder) im Bundesland verbleiben sollten.

Mit Blick auf die geografische Lage von Berlin und Brandenburg, den effizienten Einsatz von Haushaltsmitteln sowie das Ziel der Verwaltung der MfS-Unterlagen der früheren drei DDR-Bezirke (Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder) an einem Standort, ist jedoch langfristig die Integration der Archivbestände der Außenstelle Frankfurt (Oder) in das Archiv der Zentralstelle in Berlin zu prüfen.

Berlin – Sitz der Zentrale des BStU

Mit den Vertretern des Senates haben keine Gespräche stattgefunden, da die Unterlagen der früheren Bezirksverwaltung Berlin des MfS im Zentralarchiv des BStU in der Magdalenenstraße verwaltet werden.

Berlin, 21.03.2014